AMT UNTERSPREEWALD

<u>Sitzungsniederschrift</u>

Der Amtsausschuss führte am 16.09.2025 um 19:00 Uhr die 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Nebensitz der Amtsverwaltung (Großer Sitzungssaal), im OT Schönwalde, Hauptstraße 49, in 15910 Schönwald, durch.

a) anwesend

Eghbalian, Stefan Amtsausschussvorsitzender

Paulick, Manuela Mitglied

Walther, Thomas Mitglied

Schulz, Andrea Mitglied

Hummel, Helmut Mitglied

Domann, Katja Mitglied

Morgner, Knut Mitglied

Berrymore, Vanitas Mitglied

Hämmerling, Werner Mitglied

Buhl, Steffen Mitglied

Schulz-Apelt, Sylke Mitglied

Neumann, Daniel Mitglied

Schoan, Toni Mitglied

Gefreiter, Roland Mitglied

Miether, Steffen Mitglied

Paetsch, Detlef Mitglied

b) abwesend

Andrack, Andreas entschuldigt
König, Thomas entschuldigt
Seemann, Paul entschuldigt
Zoschenz, Steffen entschuldigt

c) vom Amt anwesend

Frau Garn - Sachbearbeiterin Kitaangelegenheiten Herr Jacob - Sachbarbeiter Tiefbau

d) Gäste

Frau Krupsky Herr Bothe - ASB Frau Stuth - ASB Herr Breising – ignem Gefahrenabwehr + Kollege

e) Presse

Die Mitglieder sind durch -ordnungsgemäße - Einladung vom 05.09.2025 auf Dienstag, den 16.09.2025 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellt bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die - **ordnungsgemäße** - Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- Feststellung der Ordnungsgemäßheit der Einladung, der Beschlussfähigkeit; Genehmigung der Tagesordnung
- Bestätigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Amtsausschusssitzung vom 13.05.2025
- Bericht des Amtsdirektors
- 4. Jugendeinwohnerfragestunde
- Einwohnerfragestunde
- 6. Verwendung der noch zu beantragenden Mittel aus dem Programm "Pflege vor Ort" für die Jahre 2025/2026

Beschlussvorlage - 21-2025

- 7. Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für das Amt Unterspreewald **Beschlussvorlage -** 20-2025
- 8. Fortschreibung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes des Amtes Unterspreewald für den Zeitraum 2025-2030

Beschlussvorlage - 19-2025

Hauptsatzung des Amtes Unterspreewald

Beschlussvorlage - 14-2025

 Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Amt Unterspreewald (Einwohnerbeteiligungssatzung)

Beschlussvorlage - 15-2025

 Beschlussfassung über die Satzung zur Benutzung von kommunalen Kindertagesstätten sowie zur Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen im Amt Unterspreewald. (Kita-Satzung)

Beschlussvorlage - 16-2025

- 12. Umwidmung von Haushaltsmitteln im Sinne der Einzeldarstellung gem. § 13 (1) KomHKV Beschlussvorlage 22-2025
- Stellvertretung des Amtsdirektors Bestellung einer weiteren Stellvertreterin des Amtsdirektors

Beschlussvorlage - 18-2025

- 14. Verschiedenes/Informationen Informationen Amtsseniorenbeirat Informationen Rechnungsprüfungsamt
- II. Nichtöffentlicher Teil
- 15. Bestätigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Amtsausschusssitzung vom 13.05.2025
- 16. Verschiedenes/Informationen

Punkt der	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse		Abstimmungs ergebnis		
Tages- ordnung			Nein		
	I. Öffentlicher Teil				
1.	Feststellung der Ordnungsgemäßheit der Einladung, der Beschlussfähigkeit; Genehmigung der Tagesordnung				
	Der Amtsausschussvorsitzende Herr Eghbalian, stellt fest, dass die Amtsausschussmitglieder durch ordnungsgemäße Einladung vom 05.09.2025 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden sind.				
	Weiter stellt er bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden. Der Amtsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder (16) beschlussfähig.				
	Herr Gefreiter erhält das Wort, er beantragt den Tagesordnungspunkt 13 vorzuziehen, da 2 Mitarbeiter des ASB anwesend sind um das Projekt zu erklären und Fragen zu beantworten.				
	Herr Eghbalian bittet zur Abstimmung für den Änderungsantrag.				
	Abstimmungsergebnis für den Änderungsantrag: 16 Anwesende, 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen				
	Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:				
	I. Öffentlicher Teil				
	Feststellung der Ordnungsgemäßheit der Einladung, der Beschlussfähigkeit; Genehmigung der Tagesordnung				
	 Bestätigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Amtsausschusssitzung vom 13.05.2025 				
	Bericht des Amtsdirektors				
	4. Jugendeinwohnerfragestunde				
	5. Einwohnerfragestunde				
	6. Verwendung der noch zu beantragenden Mittel aus dem Programm "Pflege vor Ort" für die Jahre 2025/2026 Beschlussvorlage 21-2025				
	7. Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für das Amt Unterspreewald Beschlussvorlage 20-2025				
	8. Fortschreibung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes des Amtes Unterspreewald für den Zeitraum 2025-2030 Beschlussvorlage 19-2025				
	Hauptsatzung des Amtes Unterspreewald Beschlussvorlage 14-2025				
	10. Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Amt Unterspreewald (Einwohnerbeteiligungssatzung) Beschlussvorlage 15-2025				

11. von Beschlussfassung über die Satzung zur Benutzung kommunalen Kindertagesstätten sowie zur Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen im Amt Unterspreewald. (Kita-Satzung) Beschlussvorlage 16-2025 12. Umwidmung von Haushaltsmitteln im Sinne der Einzeldarstellung gem. § 13 (1) KomHKV Beschlussvorlage 22-2025 13. Stellvertretung des Amtsdirektors - Bestellung einer weiteren Stellvertreterin des Amtsdirektors Beschlussvorlage 18-2025 Verschiedenes/Informationen - Informationen Amtsseniorenbeirat -14. Informationen Rechnungsprüfungsamt Nichtöffentlicher Teil II. 15. Bestätigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Amtsausschusssitzung vom 13.05.2025 Verschiedenes/Informationen 16. Herr Eghbalian bittet zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung. Abstimmungsergebnis: 16 Anwesende, 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen 2. Bestätigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Amtsausschusssitzung vom 13.05.2025 Zum öffentlichen Teil der Niederschrift des Amtsausschusses vom 13.05.2025 gibt es keine Anmerkungen oder Ergänzungen von Seiten der Amtsausschussmitglieder. Abstimmungsergebnis: 16 Anwesende, 14-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen 3. Bericht des Amtsdirektors Herr Kehling begrüßt die Anwesenden und beginnt mit seinem Bericht: - Grüße von Herrn Luplow - Amtsseniorenbeiratsvorsitzender, ihm ist die Teilnahme nicht möglich, er hat jedoch Einlassungen zum Thema "Pflege vor Ort": Man solle noch andere Anbieter einbeziehen - weitere Information von Herrn Luplow: Sternfahrt der Senioren findet am 2.10. statt, weitere Infos folgen zu gegebener Zeit - 13.09. Freiwillige Feuerwehr Niewitz feiert 100-jähriges Bestehen Entschuldigung für Abwesenheit AD, dafür war Stellvertreter Herr Graßmann vor Ort. Herr Kehling beglückwünscht die FFW Niewitz nachträglich - Stadtfest Golßen, im Vorfeld besondere Herausforderungen (Presse), Dank an Ordnungsamt bei außerordentlicher Sitzung SVV am 07.08.2025 vor dem Stadtfest - Deutsch-Polnischer Jugendaustausch 12. -19.08.2025 - Dank an Frau Schulze und die Feuerwehren - wichtige interkommunale Zusammenarbeit hat auch beim Jungentag stattgefunden, ein Tag nur für Jungen, sehr notwendig mit speziellen Angeboten nur für Jungen, Dank an Frau Schulze

- Infobroschüre Amt Unterspreewald, 1000 Exemplare über Wittich-Verlag Bitte um Meldung, wie viele Exemplare in den Gemeinden benötigt werden zum Beispiel für Auslage in Gemeindebüros
- Datenbankaufbau für Bilder Bitte um Fotos aus dem Amtsgebiet, die für redaktionelle Zwecke benutzt werden dürfen. Bitte an Zentraldienst senden mit Namen und Freigabe der Rechte für die Verwendung
- Anpassung der Abarbeitung der Genehmigung von Veranstaltungen Beispiel Technoveranstaltung "Summer Ends" in Schönwalde, musste im Vorfeld der Veranstaltung wegen Beschwerden an einen anderen Ort verlegt werden, Vereinheitlichen von Vorgängen, Bescheide müssen angepasst werden, Grundstücke und Gebäude müssen Nutzungsverträge haben, Verwaltung muss mit Kommunen in Gespräche gehen und feste Veranstaltungsorte festlegen, ebenfalls sollten bestimmte Feste fest über eine ordnungsbehördliche Verordnung zum Schutz der Nachtruhe gesichter werden (Beispiel Lübben)
- Erweiterungsbau Neuendorf am See läuft, Richtfest wird geplant, Amtsausschuss wird rechtzeitig eingeladen
- Anfrage des BVMW (Bundesverband mittelständischer Wirtschaft, der Leiter der Wirtschaftsregion Brandenburg Süd, Herr Henkler) zur Durchführung einer Informationsveranstaltung zum Förderprogramm JTF im Amtsgebiet analg zur Veranstaltung in Burg vom 16.09.2025, Frau Schulz-Apelt ergänzt: Erfahrung in Cottbus gemacht, niederschwelliges Förderprogramm, Höhe der Förderung abhängig von Struktur im Landkreis, Herr Kehling würde Herrn Henkler zusagen, wenn es jetzt keinen Widerspruch dazu gibt
- Einführung eines neuen Ratsinformationssystem in 2026, Ausschreibung erfolgt, Neues Programm: Allris4, Aktuell wird das System mit Inhalten gefüllt, Schulungen für Zentraldienst und Sachbearbeiter stehen Anfang November an. Planung einer Kurzvorstellung der Bürgermeisterdienstberatung und Vorstellung/Schulung der Gemeindevertreter und Bürgermeister in der GV-Sitzung durch den Zentraldienst, Protokollanten sollen eine eigene Schulung erhalten, Termine werden vereinbart
- Taschenbücher BbgKVerf, werden in den GV-Sitzungen verteilt
- Amtsjournal, Ausschreibung läuft jetzt an, so wie beschlossen
- Dank an Guido Landwehr, er hat sich ehrenamtlich im Freibad Golßen engagiert
- Personalien neue Mitarbeiter: Zentraldienst Frau Landwehr ab Oktober in Golßen, Sachbearbeiter Kiatangelegenheiten Frau Garn, Hauptamt Reisekosten/Bezüge Frau Gregor, Sekretariat Bauhof Frau Gregur-Gansauge, Tiefbau Herr Jacob
- 28.11. Perosonalversammlung des Amtes, Pflichtveranstaltung einmal im Jahr, Amtsleitung ist mit eingeladen, Amt und Kita bleiben an dem Tag geschlossen
- Widerspruchsbescheide gegen Zensus fristwahrend eingereicht, Vertreter des Städte- und Gemeindebundes stellen wenig Erfolg in Aussicht, da nicht viele weitere Klagen eingereicht wurden, Städte- und Gemeindebund rät von der Klage ab, weil viele von den abweichenden Zahlen profitieren, betrifft auch einige Kommunen im Amtsgebiet
- Widerspruch gegen differenzierte Kreisumlage wurde für alle Kommunen eingereicht, Gespräche zw. Kreisarbeitsgemeinschaft und Landkreis laufen bereits
- Klage gegen das Amt wurde eingereicht von der Firma, die den Teilneubau/Anbau/Erweiterungsgebäude der Kita Regenbogen sowie den Fahrstuhl der Grundschule Golßen baulich betreut hat, rechtlicher Vertreter des Amtes hat Klageabweisung beantragt
- Klage bezüglich der gefällten Bäume in Jetsch Amt ist schadlos, Klageabweisung beantragt

- Kreisarbeitsgemeinschaft: unklare Kostenteilung bei rechtlichem Anspruch an Schulsozialarbeit in Grundschulen
- Sondervermögen: es fallen ca. 3 Milliaren Euro an Brandenburg, davon 20 Million Euro für den Landkreis Dahme-Spreewald, davon gesamt ca. 3 Millionen für Gemeinden des Amtes (zwischen150 und 600 Tausend Euro für die einzelnen Kommunen) aktuell jedoch noch nicht vollständig geklärt, Abruf in 2026
- Golßen, Amtsgebäude Markt 1 Statiker hat für den Sanierungsbedarf eine technische Lösung gefunden, die unter den bisherigen Ansätzen im Haushalt bleibt und ohne kompletten Freizug des Gebäudes durchführbar sein soll, Ausschreibung steht aus

4. Jugendeinwohnerfragestunde

keine Anfragen

5. Einwohnerfragestunde

keine Anfragen

6. Verwendung der noch zu beantragenden Mittel aus dem Programm "Pflege vor Ort" für die Jahre 2025/2026 Beschlussvorlage - 21-2025

Herr Eghbalian ruft den Tagesordnungspunkt auf und erinnert, dass dieser vorgezogen wurde, weil 2 Vertreter vom ASB anwesend sind (Frau Katrin Stuth und Herr Michael Bothe). Er übergibt das Wort an Herrn Graßmann.

Herr Graßmann erklärt, dass es sich bei der Beschlussvorlage um neues Konzept handelt und diese nichts mit der Beschlussvorlage der letzten Amtsausschusssitzung zu tun hat.

Herr Eghbalian erkundigt sich, ob es Fragen aus dem Gremium gibt.

Herr Hämmerling bittet um eine Erläuterung des Projektes.

Der ASB schildert, worum es gehen soll. Pflegende Angehörige sollen geschult werden. Die pflegebedürftige Person kann in der Zeit passend dazu betreut werden. Projekt wird bereits in Groß Leuthen praktiziert und man habe gute Erfahrung damit gemacht. Ausweitung in Schönwalde, Man habe Kunden in Schönwalde, Freiwalde und Lubolz, die bereits nach einem solchen Angebot gefragt haben. Die Schulungen für pflegende Personen können von jedem wahrgenommen werden, auch wenn ein anderer Pflegdienst für die zu pflegende Person zuständig ist. Soll der Entlastung der Familien dienen, Raum schaffen zum Austausch für alle Pflegenden.

Herr Eghbalian begrüßt die Möglichkeit, dass der zu pflegende Angehörige betreut werden kann, hinterfragt aber, ob ein Transport zum Schulungsort angeboten wird? Der ASB entgegnet, dass eine eigenständige Anfahrt organisiert werden müsse.

Frau Paulick erkundigt sich, ob das Angebot lokal auf Schönwalde eingegrenzt wird. Der ASB betont, dass es für das gesamte Amtsgebiet gleichermaßen angeboten wird.

Herr Eghbalian erkundigt sich, ob es weitere Fragen aus dem Gremium gibt, da es keine Meldungen gibt, bittet er zur Abstimmung der Beschlussvorlage.

"die noch zu beantragenden Mittel aus dem Programm "Pflege vor Ort" für die Jahre 2025/26 dem ASB KV Lübben e.V. zu übertragen mit dem Ziel, in Schönwald OT Schönwalde Angebote entsprechend der als Anlage

	beigefügten Konzeption anzubieten und zu etablieren. Der Eigenanteil wird durch den ASB KV Lübben e.V. übernommen."			
	Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	12	3	1
7.	Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für das Amt Unterspreewald Beschlussvorlage - 20-2025			
	Herr Graßmann erhält das Wort und berichtet, dass Frau Köhler eingeladen wurde, sie jedoch heute verhindert ist. Weiter schildert er den bisherigen Werdegang: Die Schiedsperson Herr Huth wurde verlängert, die Vertretung wurde per Ausschreibung gesucht (Amtsblatt/Amtsjournal April 2025). Frau Köhler hat sich daraufhin beworben und ein Gespräch mit Herrn Huth hat ebenfalls stattgefunden. Ihr wurden die Aufgaben erklärt. Nun stehe noch die Bestellung als stellvertretende Schiedsperson aus.			
	Herr Eghbalian erkundigt sich, ob es Fragen aus dem Gremium gibt. Da es keine Meldungen gibt, bittet er zur Abstimmung.			
	"Frau Ines Köhler für die Dauer von 5 Jahren zur stellvertretenden Schiedsperson für das Amt Unterspreewald zu wählen. "		200	
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
8.	Fortschreibung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes des Amtes Unterspreewald für den Zeitraum 2025-2030 Beschlussvorlage - 19-2025			
	Herr Graßmann führt in das Thema ein. Der Gefahrenabwehrbedarfsplan musste überarbeitet werden. Dazu wurde ein externer Dienstleister beauftragt. Herr Breising, Firma ignem Gefahrenabwehr, ist deswegen heute vor Ort und stellt den Gefahrenabwehrbedarfsplan vor. Er führt durch eine Powerpoint-Präsentation und stellt den Bedarfsplan vor und wie die Inhalte zustande gekommen sind. Die Präsentation ist Anlage der Niederschrift.	SK.		
	Nach den Ausführungen von Herrn Breising erkundigt sich der Amtsausschussvorsitzende, ob es Fragen aus dem Gremium gibt.			
	Frau Paulick fragt nach, ob es Änderungen bei der Qualifizierung der Feuerwehrleute geben wird, da diese aktuell sehr langwierig ist. Herr Breising signalisiert, dass die Hybridisierung der Ausbildung voranschreitet und in Teilen Deutschlands der Theorieteil im Selbststudium erfolgt. Herr Göhring ergänzt, dass diese Art der Qualifizierungen immer mehr wird und es mehr Onlineangebote gibt. Die Feuerwehrschule reicht Spezialausbildungen an die Landkreise runter. Der Landkreis tut sich schwer mit der Umsetzung.			
	Herr Gefreiter bezieht sich auf Seite 15 des Bedarfsplans. Es geht ihm um die Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg. Aktuell habe das Amt ungefähr 9300 Einwohner und es werden mehr. Im Bedarfsplan sei jedoch die Grundlage mit viel weniger Einwohnern konzipiert. Herr Breising entgegnet, dass dies die validen Zahlen des Amtes für Statistik sind, auf die er sich gestützt habe.			
	Herr Hämmerling nimmt Bezug darauf, dass 12 Feuerwehren ausreichend			

seien. Er hinterfragt, ob dann die Hälfte der bestehenden Feuerwehren wegfallen würde. Er verstehe, dass das die größeren unterstützen würde, jedoch fragt er, wie dann die Anfahrt der Kameraden an die anderen Standorte abgebildet werden soll und ob das nicht zu lange dauern würde. Herr Breising betont, dass es keine Schließung von Standorten vorgesehen seien. Jedoch sollen bestimmte Standorte an die 12 Hauptstandorte angegliedert werden. Herr Göhring ergänzt, dass das in Teilen schon so gelebt wird und benennt die Feuerwehr Falkenhain als Beispiel. Hier werden Schulungsangebote so geregelt, dass man mit der Feuerwehr Krossen und Drahnsdorf zusammen eine Feuerwehr abbildet. Ähnliche Effekte gebe es in Schiebsdorf/Kasel-Golzig. Auch hier finden Ausbildungen zusammen statt, damit Feuerwehr auch gelebt werden kann.

Frau A. Schulz hat eine Frage an die Verwaltung. Sie möchte wissen, ob der Bedarfsplan als verbindlich für die Haushaltsplanungen anzunehmen ist? Herr Kehling bestätigt, dass das zum Teil natürlich so ist und dass er deshalb auch erstellt wurde. Bei einigen Punkten sei man schon um Lösungen bemüht, wie zum Beispiel Schwarz/Weiß-Trennung. Bauliche Veränderungen werden jedoch kaum zu stemmen sein. Herr Göhring ergänzt, dass ein Angleichen an die Fördermaßnahmen notwendig sei, die sich in den nächsten Jahren auch ändern wird, da das Brand- und Katastrophenschutzgesetz überarbeitet wird. Es seien noch 4 Fahrzeuge in der Pipeline, aus der letzten Planung des Gefahrenabwehrbedarfsplans.

Frau A. Schulz konkretisiert, dass der Plan auf 5 Jahre festgelegt sei und fragt noch einmal, ob dieser auch als Plan so nutzbar ist? Herr Göhring bestätigt dies. Frau Schulz-Apelt weist darauf hin, dass dies ein Plan und keine Verbindlichkeit sei und man achtsam damit umgehen solle.

Herr Walther betont noch einmal, dass keine Standortschließungen geplant sind. Vielmehr ginge es um die Angliederung an größere Feuerwehren/Stützpunktfeuerwehren, in welche dann mehr investiert werden könne. Jede einzelne Einsatzkraft ist sehr wichtig und notwendig für das Amtsgebiet und muss unbedingt gehalten und qualifiziert werden.

Frau A. Schulz möchte klarstellen, dass es bei ihrer Anfrage allein um die Haushaltsplanung ginge und nicht um die strukturellen Veränderungen.

Herr Walther empfiehlt Priorisierungen im Arbeitskreis zu besprechen und dann dem Gremium mitzuteilen.

Herrn Breising ist es wichtig, noch einmal zu betonen und klarzustellen, dass das Amt Unterspreewald eine leistungsfähige Feuerwehr habe, die nun mit Fingerspitzengefühl angepasst werden müsse.

Herr Hummel erkundigt sich, wie weit die Digitalisierung der Löschwasserstandorte vorangekommen ist. Herr Göhring berichtet, dass ca. 66% vorhanden sei. Innerörtlich sei alles erfasst und in den nächsten Jahren solle die Digitalisierung abgeschlossen werden, sodass dieser in 2030 für den nächsten Gefahrenabwehrbedarfsplan vorhanden sei.

Herr Eghbalian bedankt sich für die Vorstellung und bittet zur Abstimmung. "den als Anlage beigefügten Gefahrenabwehrbedarf des Amtes Unterspreewald von 2025-2030. "

Stimmverhältnis: Abstimmung: einstimmig laut Vorschlag 16

0

0

	Hauptsatzung des Amtes Unterspreewald Beschlussvorlage - 14-2025			
	Herr Eghbalian ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Herrn Neumann. Er erklärt, dass auf Grund der Modernisierung der Kommunalverfassung Änderungen in den Hauptsatzungen notwendig seien. Golßen sei als erstes angepasst worden und das Amt, sowie die anderen Gemeinden ziehen jetzt nach. Abstimmungen erfolgen mit den Bürgermeistern. In diesem Fall wurde für das Amt auch Rücksprache mit der Kommunalaufsicht gehalten mit Hinblick auf eine Genehmigung. Vergleiche der Änderungen der neuen und alten Hauptsatzung seien in der Synopse einsehbar.			
	Herr Gefreiter greift das Thema Einwohnerversammlung auf und erkundigt sich, wie man sich die Umsetzung vorstelle. 10% der Einwohner des Amtes, wären ca. 1000 Personen. Herr Kehling greift die Frage auf und erläutert, dass in solch einem Fall eine Anmietung eines Stadions oder eines großen Platzes notwendig sei. Man könne auch über Übertragungstechniken nachdenken.			
1	Frau A. Schulz wirft ein, dass dies eine Vorschrift in der Kommunalverfassung sei und die Möglichkeit einer Einwohnerbefragung geschaffen werden müsse.			
	Herr Gefreiter greift ein weiteres Thema auf. Er möchte noch einmal klargestellt haben, dass der Amtsdirektor der Dienstvorgesetzte der Gemeindearbeiter ist und befürwortet dies als gute Neuerung.			
	Frau Paulick weist auf eine Stelle im § 4 Gleichstellungsbeauftragte hin. Hier heißt es " kann Gelegenheit gegeben werden, ihren Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen." Herr Neumann bestätigt, der Beauftragte kann entscheiden, ob er schriftlich Stellung nimmt oder in der Sitzung. Er fügt hinzu, dass dies in § 5 Seniorenbeauftragen die gleiche Vorgehensweise sei. Frau Paulick bittet um Änderung, da das Wort "kann" Freiräume zulasse. Herr Kehling bestätigt, dass "kann" durch "gibt" ersetzt werden kann. Es hieße dann: "Gibt ihr die Möglichkeit"			
	Herr Eghbalian bittet sodann zur Abstimmung für Änderung in § 4 und § 5:			
	Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen			
	Die Änderung ist damit beschlossen, sodass Herr Eghbalian zur Abstimmung der Beschlussvorlage bittet.			
	"die anliegende Hauptsatzung des Amtes Unterspreewald (Anlage 1)			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: abweichend	15	0	1
10.	Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Amt Unterspreewald (Einwohnerbeteiligungssatzung) Beschlussvorlage - 15-2025			
	Da es keine Fragen aus dem Gremium gibt, bitte der Amtsausschussvorsitzende Herr Eghbalian zur Abstimmung.			

	"die anliegende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Amt Unterspreewald (Anlage 1)			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	15	0	1
11.	Beschlussfassung über die Satzung zur Benutzung von kommunalen Kindertagesstätten sowie zur Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen im Amt Unterspreewald. (Kita-Satzung) Beschlussvorlage - 16-2025			
	Herr Graßmann erklärt den Hintergrund der Änderung: Vorschriften wurden konkretisiert, gesetzliche Änderungen wurden eingearbeitet und Gebühren neu kalkuliert. Er weist auf einen redaktionellen Fehler in §5 Abs. 9 hin und korrigiert diesen. Die Satzung wurde mit dem Landkreis abgestimmt. Frau A. Schulz erkundigt sich nach einer Übersicht der bisherigen Beiträge und erkundigt sich, ob es starke Erhöhungen gibt. Frau Lerch entgegnet, dass bisher mit Prozentsätzen gearbeitet wurde und dass die Übersicht für Verständlichkeit (auch für Eltern) eingeführt wird. Die letzte Kalkulation sei von 2021 und eine Anpassung sei notwendig gewesen.			
	Frau Domann erkundigt sich nach den Voraussetzungen für die Zulassung zur Notbetreuung und schildert einen Fall aus dem näheren Umfeld. Herr Kehling bestätigt, dass eine Richtlinie erarbeitet werden kann.			
	Herr Hummel bezieht sich auf § 3 Abs. 8: Es sei für Eltern nicht hinnehmbar, dass Kitas insgesamt mehr als 3 Wochen geschlossen werden können. Laut diesem Paragrafen könnten in den Sommerferien und in den darauffolgenden Ferien nochmal 3 Wochen am Stück die Kitas geschlossen werden. Herr Graßmann und Herr Kehling bestätigen, dass dies in der Praxis nicht vorkommen wird und schlagen vor, dass die Formulierung so bleibt. Herr Eghbalian bittet darum, dies im Protokoll aufzunehmen: die Intention der Formulierung liege bei einmal 3 Wochen am Stück.			
	Weiter erkundigt sich Herr Hummel, warum § 4 Abs.4 weggefallen sei? Frau Garn erklärt, dass sich dieser nur verschoben habe und die Inhalte im § 2 Abs. 7 wiederzufinden seien.			
	Herr Hummel möchte auch wissen, warum sich die Summe in §5 Abs. 7 von 20.000 € auf 35.000 € erhöht hat. Frau Lerch erklärt, dass dies auf Gesetzesgrundlage geschah.			
	"die in der Anlage beigefügte Satzung zur Benutzung von kommunalen Kindertagesstätten sowie zur Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen im Amt Unterspreewald (Kita-Satzung).			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	14	0	2
12.	Umwidmung von Haushaltsmitteln im Sinne der Einzeldarstellung gem. § 13 (1) KomHKV Beschlussvorlage - 22-2025			
	Frau A. Schulz erkundigt, sich warum die Umwidmung nur in Gersdorf stattfinde. Ursprünglich wären Prierow und Gersdorf geplant gewesen. Herr Göhring erklärt, dass in Waldow ein Brunnen zusammengebrochen sei. Dies sei durch einen Brunnenbauer bestätigt. Die Priorität liege dort deswegen höher. Weiter bestätigt er, dass es in Gersdorf keine Probleme geben dürfte,			

	wegen des Dorfteiches.			
	Herr Eghbalian ergänzt, dass es sich um eine temporäre Verschiebung handle und bittet zur Abstimmung.			1
	"der Umwidmung der finanziellen investiven Mittel aus dem Produktsachkonto 12601.096120/785120 "Anlagen im Bau - Löschwasserversorgung" - Projekt Flachspiegelbrunnen Gersdorf zugunsten des Projektes Flachspiegelbrunnen in Waldow zuzustimmen.			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
13.	Stellvertretung des Amtsdirektors - Bestellung einer weiteren Stellvertreterin des Amtsdirektors Beschlussvorlage - 18-2025			
	Der Amtsdirektor, Marco Kehling bringt seine Wertschätzung zum Ausdruck und betont, dass in der Reihenfolge der Vertreter keine Wertigkeit liege. Weiter kündigt er an, dass ein Beschluss folgen wird, in dem Frau Lerch zur Kämmerin des Amtes Unterspreewald bestellt werden soll.			
	Her Eghbalian bittet zur Abstimmung. "Die Leiterin der Kämmerei des Amtes Unterspreewald, Frau Christin Lerch, wird ab dem 01.10.2025 zur 4. Stellvertreterin des Amtsdirektors bestellt."			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
14.	Verschiedenes/Informationen - Informationen Amtsseniorenbeirat - Informationen Rechnungsprüfungsamt			
	Herr Kehling berichtet, dass ein Probezeitgespräch mit Herrn Giesen durchgeführt wurde.			
	Herr Giesen berichtet folgendes für das Rechnungsprüfungsamt: - Auftrag für Jahresabschluss des Amtes wurde abgegeben - Schulungen laufen - am Treffen der Rechnungsprüfer in Potsdam teilgenommen,			
	Erfahrungsaustausch - weiterhin im Austausch mit Frau Standfuß Herr Eghbalian bittet um Informationen zu geplanten Abschlüssen. Herr Giesen schildert das aktuelle Vorgehen mit der Aufarbeitung von Vorgängen und der Automatisierung für schnelleres Erkennen von Hinweisen. Er berichtet, dass Rietzneuendorf-Staakow gerade in der Bearbeitung ist. Herr Kehling ergänzt: die erste Phase sei die Fortbildung, Prüfung und Evaluierung. Ziel sei ein Rahmenplan und Schwerpunktsetzung für das kommende Jahr. Nach dem nächsten Abschluss soll noch einmal evaluiert werden. Eine Stellenerweiterung sei geplant um das Ziel, die Abschlüsse zeitnah prüfen zu können, umsetzen zu können.			
	Herr Göhring informiert zum Thema Feuerwehr. In Neuendorf am See gehe es gut voran. Bezüglich der Fahrzeuge laufe bis 2027 noch ein Projekt aus dem alten Gefahrenabwehrbedarfsplan. Die Beschaffung eines neuen HLF 10 befinde sich seit 2021 in Vorbereitung und solle bis Ende Oktober abgeschlossen sein. Außerdem seien ein HLF 20 für Rietzneuendorf und ein			

TLF vorgesehen.

Die Schwarz-Weiß-Trennung in den Gerätehäusern könne aus finanziellen Gründen derzeit nicht umgesetzt werden; stattdessen sammle man Informationen für eine mobile Lösung.

Frau A. Schulz wünscht sich mehr Informationen über Veranstaltungen der Feuerwehren. Der Amtsjugendfeuerwehrausscheid finde am 11. Oktober statt. Herr D. Neumann berichtet vom Kidstag am vergangenen Samstag in Kasel-Golzig. Zudem werde an einem Konzept für die Brandschutzerzieher gearbeitet. Die Suche nach neuen Brandschutzerziehern solle weiter vorangetrieben werden. Beim Großeinsatz am 9.–10. Juli in Gohrischheide sei die Feuerwehr ebenfalls aktiv gewesen.

Herr Gefreiter kritisiert, dass es an Wertschätzung durch den Amtsausschuss für Veranstaltungen wie den Kidstag fehle. Früher sei stets jemand vom Ausschuss anwesend gewesen, was unbedingt wieder verbessert werden müsse – notfalls durch die Entsendung eines Vertreters.

Herr Walther berichtete über den Feuerwehrsport und die Teilnahme an den Deutschen Meisterschaften in Torgau. Herr Kehling greift das Thema auf und ergänzt, dass Golßen hier ein Vorreiter sei mit ihrem "Tag des Sportlers", der eventuell auch für das gesamte Amt übernommen werden könne.

Frau Paulick unterbrach die Diskussion, mit dem Hinweis auf die Uhrzeit und den letzten Tagesordnungspunkt. Sie informierte weiter, dass der RVS-Vertrag gekündigt wurde und dankte dem Ordnungsamt, das es ermöglicht hatte, dass die Grundschule Schönwalde am Schwimmunterricht teilnehmen konnte.

Ende öffentlicher Teil der Sitzung um 21:44 Uhr.

Stefan Eghbalian Amtsausschussvorsitzender